

DEUTSCHE BAUZEITUNG

Redaktion und Expedition
Berlin, Oranienstrasse 101.

Bestellungen
übernehmen alle Postanstalten
und Buchhandlungen,
für Berlin die Expedition.

Organ des Verbandes

deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Redakteur K. E. O. Fritsch.

Jeden Sonnabend wird ein
Hauptblatt mit einer Inse-
raten-Beilage, jeden Mittwoch
ein Inseratenblatt
ausgegeben.

Insertionspreis:
3/4 Sgr. pro Zeile.

Abonnementspreis 1 Thaler pro Quartal.

Berlin, den 25. Januar 1873.

Erscheint Mittwoch und Sonnabend.

Inhalt: Ueber die prinzipiellen Grundlagen der Berechnung des Honorars für architektonische Arbeiten. — Die Anlage des Bahnhofes Hameln der Hannover-Altenbekener Eisenbahn. — Die Schiffbarmachung der Oder. — Mittheilungen

aus Vereinen: Architekten-Verein zu Berlin. — Vermischtes: Hansen's Entwurf für das Oesterreichische Parlamentsgebäude. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

Ueber die prinzipiellen Grundlagen der Berechnung des Honorars für architektonische Arbeiten.

Es ist eine erfreuliche Thatsache, dass unsere auf der XV. Wanderversammlung deutscher Architekten und Ingenieure zu Hamburg aufgestellte Norm zur Berechnung des Honorars für architektonische Arbeiten, welche seither sowohl von dem Verbands deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine, wie von dem grossen österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein ausdrücklich anerkannt und angenommen worden ist, während der 5 Jahre ihres Bestehens sich fast allgemein und überall in Deutschland eingebürgert hat. Sie ist an vielen Orten nicht nur zur werthvollsten, sondern sogar zur ausschliesslichen Grundlage des Verkehrs zwischen Architekten und Bauherren geworden und hat dazu gedient, so manche Unklarheiten über die Art und den Werth architektonischer Thätigkeit, welche früher zu höchst unliebsamen Weiterungen und Missheiligkeiten führten, für immer zu beseitigen. Wenn Architekten die nicht genug anzuempfehlende Vorsicht gebrauchen, auf jene Norm schon in den Verhandlungen über Annahme eines Auftrages sich zu beziehen — und Viele haben sich dies mit Recht zum unverbrüchlichen Gesetze gemacht — so kann von Streitigkeiten über die Höhe des ihnen gebührenden Honorars wohl überhaupt nicht mehr die Rede sein.

Freilich wird es niemals an Fällen fehlen, wo eine solche Verabredung mit dem Auftraggeber aus zufälligen oder persönlichen Gründen unterblieben ist und eine nach Beendigung der Arbeit aufgestellte Liquidation des Architekten auf den Widerspruch desselben stösst. Es braucht hierbei ja nicht immer vorausgesetzt zu werden, dass der Bauherr nur nach Gründen sucht, um sich seiner Zahlungsverbindlichkeit zu entziehen, sondern meist wird ein derartiger Konflikt zunächst lediglich auf jene falsche und missverständliche Auffassung des Werths architektonischer Thätigkeit zurückzuführen sein. Die Abschätzung derselben für den einzelnen Fall, wie das Prinzip dieser Schätzung sind dann dem Ermessen der Gerichte, beziehungsweise der von diesen vernommenen Sachverständigen anheimgegeben.

Wenn bei Aufstellung unserer Norm die Hoffnung ausgesprochen wurde, dass dieselbe auch in solchen, ja vorzugsweise in solchen Fällen sich nützlich erweisen werde, dass Sachverständige und Gerichtshöfe sich dieser von der gesamten deutschen Architektenschaft getroffenen Festsetzung bereitwillig anschliessen und in ihr das sichere Fundament für ihre sonst so schwankenden Gutachten und Entscheidungen finden würden, so ist zum Theil auch diese Hoffnung erfüllt worden. Die Durchführung einer allgemeinen rechtlichen Geltung der Norm, in welcher einzelne Fachgenossen das ideale Ziel unserer gemeinsamen Bestrebungen erblicken, konnte und kann freilich niemals erfolgen. Man darf nie vergessen, dass jede derartige Festsetzung das einseitige Werk einer Körperschaft bleibt, deren Mitglieder vor Gericht als Partei erscheinen, sowie dass es überhaupt unmöglich ist eine Norm aufzustellen, die für jeden der in unzähligen Variationen auftretenden Fälle die gleiche Gültigkeit und Anwendbarkeit beanspruchen darf. Man wird sich damit begnügen müssen und können, wenn sie in dieser Beziehung lediglich als Anhalt benutzt wird und den maassgebenden Ausgangspunkt bildet, auf welchen die gerichtliche Abschätzung architektonischer Arbeiten sich stützt. In diesem Sinne aber hat sie im Laufe der letzten 1 Jahre vielfach gedient. Es ist bei der ersten Abgeordnete n-Versammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine mitgetheilt worden, dass in Schleswig-Holstein, Kassel und Lübeck Prozesse entschieden worden sind, bei welchen der

Richter die Norm als maassgebend anerkannt hat, ja dass sie in Württemberg von Seiten des Justiz-Ministeriums den Unterbehörden sogar ausdrücklich zur Beachtung in entsprechenden Fällen empfohlen worden ist. Mittlerweile ist bei einem Prozesse, über dessen Verlauf wir in den Nummern 5 und 27 des vorigen Jahrgangs uns. Bl. berichtet haben, auch Seitens der beiden höchsten Gerichtshöfe Berlins, des Kammergerichts und des Ober-Tribunals, eine Entscheidung gefällt worden, welche die von den Sachverständigen zweiter Instanz zur Grundlage ihres Gutachtens gewählte „Norm“ adoptirt hat.

Trotz alledem lässt sich nicht leugnen, dass wir in dieser Beziehung noch weit selbst von jenem Ziele entfernt sind, welches wir als wünschenswerth und erreichbar betrachten dürfen. So lange das gegenwärtige Verfahren bei Prozessen über bautechnische Streitigkeiten beobachtet wird, so lange der Schwerpunkt der Entscheidung in dem Gutachten der von den Parteien ausgewählten Sachverständigen liegt, dem der Richter in Ermangelung eines zur Beurtheilung des Falles ausreichenden Sachverständnisses sich anschliessen genöthigt ist, wird der Ausfall solcher Prozesse je nach Zusammensetzung des Gerichtshofes und je nach Auswahl der Sachverständigen ein schwankender sein. Jenen in Berlin ergangenen Urtheilssprüchen steht ja das in demselben Prozesse gefällte Erkenntniss erster Instanz, steht ja der eklatante Fall, über dessen vorläufige Entscheidung wir in No. 18, Jahrg. 1871 u. Bl. berichteten, schnurstracks entgegen. Für den betreffenden Ober-Tribunals-Beschluss ist der günstige Ausschlag allein der von den Sachverständigen abgegebenen Aussage zu danken, dass das Prinzip einer Honorarberechnung nach Prozenten der Anschlags-beziehungsweise Bausumme in Berlin ortsüblich sei, während der Gerichtshof anerkannte, dass eine solche Berechnung als ein an sich zutreffender Werthmesser nicht angesehen werden könne. Hätten in demselben Prozesse zufällig zwei derjenigen Sachverständigen fungirt, welche auf Grund eines gleichen Grades öffentlich anerkannter Sachkenntniss und Glaubwürdigkeit zu der Aussage sich berechtigt hielten, dass eine solche Berechnung, falls sie nicht ausdrücklich verabredet worden ist, in Berlin nicht ortsüblich sei, so wäre die Entscheidung demnach umgekehrt ausgefallen. Gewiss kein sehr erfreulicher Beweis für die Zuverlässigkeit unserer Rechtspflege in bautechnischen Angelegenheiten. Er fordert dringend dazu auf, sowohl von der Agitation für eine angemessene Reform derselben nicht abzulassen, als auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen Alles zu thun, was zur Klärung der Verhältnisse und zur Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse unsererseits geschehen kann.

Ob bei der häufigen Wiederkehr solcher Fragen Seitens eines Gerichtshofes nicht vielleicht eine von den Sachverständigen bestimmter Parteien ganz unabhängige Untersuchung und Beantwortung der Frage veranlasst werden könnte, welches Prinzip der Berechnung des Honorars für architektonische Arbeiten denn in Wirklichkeit ortsüblich ist, lassen wir dahingestellt, da die Schwierigkeit einer solchen Untersuchung nicht zu verkennen ist; wir behalten uns jedoch vor, auf diesen Punkt zum Schlusse noch einmal zurückzukommen. Den Kernpunkt der Frage und das Ziel der vorläufig am Dringendsten nothwendigen Bestrebungen erblicken wir jedoch darin, dass von Seiten der als Partei vor Gericht erscheinenden Architekten sowie jener Sachverständigen, welche gleich uns von der Richtigkeit jenes Prinzips überzeugt sind, Alles versucht werden muss, um

bei dem Richter die gleiche materielle Ueberzeugung hervor-
zurufen und ihn damit zur freiwilligen Anerkennung des
Grundprinzips der Norm zu bewegen. Sobald in Preussen
eine Entscheidung des Ober-Tribunals in diesem Sinne
erfolgt ist, wird man für das künftige Schicksal aller ähn-
lichen Prozesse hier Nichts mehr zu fürchten haben.

Dass wir in dieser Beziehung nicht irren, glauben wir
schon aus den Anstrengungen schliessen zu können, welche
von entgegengesetzter Seite gemacht werden, um einen Erfolg
im entgegengesetzten Sinne zu erzielen. Es liegt uns zum
Beweise dessen ein interessantes Schriftstück vor — ein Brief,
den vor einigen Wochen mehrere Baubeamte Berlins in gleichem
Wortlaute erhalten haben. Derselbe lautet:

„Berlin, den . . . Dezember 1872.

Euer Hochwohlgeboren frage ich ergebenst an, ob Sie ge-
neigt sind, mir über die Frage:

Kann die Liquidation eines Baumeisters, welcher für seine
Leistungen Prozente der Baukostensumme liquidirt, für ange-
messene erachtet werden?
ein verneinendes Gutachten (ein anderes kann ich nicht
brauchen), etwa im Sinne des umstehenden Entwurfs zu erthei-
len. Sollten Sie dazu geneigt sein, so bitte ich ergebenst, ge-
fälligst mir dies mitzutheilen, die Höhe des Honorars für Ihr
Gutachten mir anzugeben, welches ich umgehend bei Ihnen ein-
zahlen werde, und demnächst das erbetene Gutachten mir zu-
kommen zu lassen. Eine Bezugnahme auf das in von Kamptz
Annalen abgedruckte Kabinettsreskript vom 26. November 1805,
von welchem Abschrift beifolgt, ist nicht erwünscht, da es auf
materielle Motivirung ankommt. Dagegen ist die Art der
letzteren gleichgültig, wenn sie nur zutreffend ist.

Mit grösster Hochachtung Euer Hochwohlgeboren
ergebenster

N. N.

Gerichtsassessor a. D. und Eigenthümer.

Entwurf.

Wenn die Baukostensumme maassgebend sein soll für die
Höhe der Belohnung eines Baumeisters, so wird damit nichts
Anderes verlangt, als dass die Höhe der Baukosten den Maass-
stab für seine Belohnung bilden soll. Jeder Maassstab muss
aber etwas Festes, Bestimmtes, in den verschiedenen Fällen sich
ganz oder doch wenigstens annähernd Gleichbleibendes sein.
Diesen unzweifelhaften Erfordernissen jedes Maassstabs entspre-
chen die Baukosten nicht im Allerferntesten bei der Frage
nach der Höhe des Honorars des Baumeisters. Nach der jewei-
ligen Höhe der Arbeitslöhne und Materialienpreise können die
Baukosten für ein und denselben Bau in diesem Jahre 10,000 Thlr.,
im folgenden Jahre 7000 Thlr. und im nächsten Jahre 12,000 Thlr.
u. s. w. betragen. Könnte es als zulässig gedacht werden, dass
der Baumeister für Ausführung dieses Baues z. B. 7 % der Bau-
kostensumme als Belohnung zu fordern habe, so würde diese
Belohnung für dieselben Leistungen in dem einen Jahre 700 Thlr.,
in dem zweiten Jahre 490 Thlr. und im dritten Jahre 840 Thlr.
betragen.

Niemand wird irgend einen haltbaren Grund angeben kön-
nen, warum für dieselben Leistungen in dem einen Jahre 700
Thlr., in dem andern 490 Thlr. und im dritten Jahre 840 Thlr.
„angemessen“ sein sollen.

Noch greller tritt der Unterschied hervor, wenn es sich um
zwei ganz egale Bauten handelte, von welchen der eine Bau im
Jahre 1870, der zweite im Jahre 1872 ausgeführt wäre. Der
zweite Bau würde wegen Höhe der Arbeitslöhne und Materia-
lienpreise des Jahres 1872 auf das Doppelte der Summe des
ersten Baues und vielleicht noch darüber zu stehen kommen.
Bei Zugrundelegung der Baukostensumme als Maassstab für seine
Belohnung würde danach der Baumeister, wenn diese Belohnung
für den ersten Bau 1000 Thlr. betragen hätte, für den zweiten,
vollständig gleichen Bau über 2000 Thlr. zu fordern haben.

Schon hieraus folgt im Prinzip, dass die Höhe der Bau-
kostensumme niemals den Maassstab für die Höhe der Belohnung
des Baumeisters abgeben kann.

II.

Ein zweiter Grund, aus welchem dasselbe Resultat sich
ergiebt, ist folgender: Die Höhe der Baukosten wird wesentlich
influiert von der Qualität des Baues, besonders von der Art und
Güte des hierzu verwendeten Materials, sowie von seiner Aus-
schmückung. Ein Baumeister kann z. B. zwei Bauten ausführen,
welche im Grundriss und Fassade völlig gleich sind und von
welchen deshalb der eine Bau dem Baumeister genau dieselben
Mühwaltungen verursacht wie der andere. Bei dem einen Bau-
herrn aber sind die Geldmittel knapp; er lässt deshalb überall
das billigste Material verwenden und lässt es an jeder Aus-
schmückung fehlen. Der zweite Bauherr dagegen lässt überall
das beste und theuerste Material verbrauchen. Unter solchen
Umständen können die Kosten des zweiten Baues auf das Dop-
pelte der Kosten des ersten Baues sich herausstellen, obschon
beide Bauten gleichzeitig aufgeführt sind, die Höhe der Arbeits-
löhne und Materialienpreise während beider Bauten an sich gleich
war und der Baumeister bei dem einen Bau nicht mehr Müh-
waltungen aufzuwenden hatte, als bei dem anderen. Im Gegen-
theil ist anzunehmen, dass der zweite Bau, weil dazu die besten
Materialien verwendet wurden, dem Baumeister geringere Mühe
verursacht hat. Eignete sich die Höhe der Baukosten als Maass-
stab für die Belohnung des Baumeisters, so müsste in diesem

Falle nach jener Theorie die angemessene Belohnung des
Baumeisters für den zweiten Bau das Doppelte der Summe be-
tragen, welche er nach derselben Theorie als ebenfalls ange-
messene Belohnung für den ersten Bau erhält. Hieraus sieht
man wieder die vollständige Unhaltbarkeit dieser Theorie. Denn
es ist absolut unerfindlich, warum für dieselben Leistungen in
dem einen Falle z. B. 1000 Thlr. und im zweiten Falle 2000 Thlr.
angemessen sein sollen.

Hierzu kommt noch eine schwerwiegende moralische Rück-
sicht. Die Liquidation des Baumeisters nach Prozenten der
Baukosten für angemessen zu erklären, wäre nichts weiter als
eine Belohnung des Baumeisters für gegenwärtige und eine Prä-
mie für künftige Vertheuerung der Bauten. Kein Wunder, wenn
dann die Miethen, anstatt zurückzugehen, noch weiter rapide
steigen sollten.

Aus diesen Gründen kann die Liquidation des Baumeisters
nach Prozenten der Baukostensumme für eine seinen Leistungen
angemessene nicht erachtet werden.“

Wie viele Techniker dieses Schreiben erhalten, sowie
ob und wie sie dasselbe beantwortet haben, ist uns nicht
bekannt, fällt auch nicht ins Gewicht. Interessant ist das-
selbe vornehmlich nach drei Richtungen.

Zunächst als eine drastische Illustration der Konsequen-
zen des in Preussen üblichen Gerichtsverfahrens. Wir soll-
ten meinen, dass es der Würde der Rechtspflege sowohl,
wie der persönlichen Würde der zu Sachverständigen vor
Gericht berufenen Personen entspräche, wenn sie dabei die
über den Parteien stehende Rolle eines Geschworenen, wenn
eben nicht die eines Richters zu übernehmen hätten. Statt
dessen werden sie von den Parteien „laudirt“ und erschei-
nen fast im Lichte von Delegirten derselben; ja einen Ver-
such zur Erlangung von Gutachten, wie er hier — vom Stand-
punkte der Partei und rechtlich ganz unanfechtbar — ge-
macht ist, wird man fast als ein Dingen von Sachverständi-
gen bezeichnen können. Jedenfalls ist das Rheinische Ge-
richtsverfahren, bei welchem der Sachverständige, falls die
Parteien über dessen Wahl sich nicht einigen können, ohne
deren Zuthun vom Gerichte ernannt wird, ganz unvergleich-
lich besser.

Bemerkenswerth für unsere preussischen Fachgenossen
ist ferner die in dem Schreiben enthaltene Ablehnung jeder
Bezugnahme auf das vielen unserer Leser aus früheren An-
führungen wohl noch erinnerliche Kabinetts-Reskript vom Jahre
1805,

„Wir verordnen hiermit, dass die Baubedienten ihre Ge-
bühren für Anfertigung der Anschläge und Zeichnungen von
solchen Bauten, welche für unsere Rechnung besorgt werden,
in Zukunft nicht mehr nach Prozentsätzen, sondern nur die
gewöhnlichen Diäten von Einem Thaler für den Tag liquidi-
ren sollen, indem die Mühwaltung bei solchen Geschäften
nicht von der Grösse des Kostenbedarfs abhängig, überhaupt
auch eine solche Bestimmung der Gebühren nach Prozenten
im Grunde eine Belohnung für die hohe Veranschlagung der
Bauten ist.

Ihr habt also darauf zu halten, dass dieser Verordnung
von den Baubedienten gehörig nachgelebt werde.

Berlin, den 26. November 1805.

An die technische Ober-Bau-Deputation hier.“

das in einer älteren juristischen Monatsschrift von Matthies
abgedruckt ist, ohne dass es (nach Rönne) konstatiert wäre,
von welcher Behörde dasselbe erlassen wurde. In dem von
uns in No. 18, Jahrg. 1871 besprochenen Prozesse wurde dieses
Reskript seitens des Sachverständigen als Beweis dafür an-
geführt, dass die Berechnung des Honorars für die Anfertigung
von Zeichnungen und Anschlägen in Preussen nie nach Pro-
zentzen der Bausumme, sondern nur nach Tagewerken er-
folgen dürfe! Es zeugt von der juristischen Einsicht des
Verfassers jenes Schreibens, dass er über die Hinfälligkeit
eines solchen Beweises sich nicht täuscht. Ganz abgesehen
davon, dass es sich nur auf Leistungen von im Dienste be-
findlichen Baubeamten bezieht, deren Verhältnisse nicht
auf Privat-Architekten übertragen werden können, betrifft
es auch nur Leistungen, die im Interesse von Staatsbauten
und auf Rechnung des Staates erfolgen. Viel eher könnte
dieses Reskript dazu benutzt werden, um die Thatsache her-
vorzuheben, dass bis zum Jahre 1805 die Preussischen Bau-
beamten sogar für Entwürfe und Anschläge zu Staatsbauten
nach Prozenten der Anschlagssumme bezahlt worden sind.
Wir haben die ältere Verordnung, auf welche dieser Usus
sich stützte, die am 13. Februar 1772 erlassene:

„Taxe der Kommissionsgebühren für die Baubedienten
in der Churmark, wenn selbige ausser den ihnen für or-
dinär angewiesenen Official-Verrichtungen Privat- oder an-
dere Kommissionen übernehmen oder übernehmen; was
ihnen dafür ausser ihrem jährlichen Gehalt und fixirten
Diäten zu mehrerer Substanz bezahlt werden soll, wo
sie zu fordern berechtigt.“
in No. 11 Jahrgang 1868 unserer Zeitung auszugsweise mit-

getheilt und dabei hervorgehoben, dass die Gültigkeit dieser Taxe für Liquidationen der im Staatsdienste stehenden Baubeamten durch jenes Reskript vom Jahre 1805 nicht aufgehoben, dass dieselbe vielmehr in einem Gutachten der Königl. Ober-Bau-Deputation vom 11. Dezember 1824 ausdrücklich als die einzige zu Recht bestehende Norm für derartige Liquidationen anerkannt worden ist. Baubeamte, welche in Prozesse über Honorar für architektonische Privatarbeiten verwickelt und mit dem Kabinetts-Reskript von 1805 bedroht werden, dürften sich hiernach auf jene Taxe insoweit berufen können, als in derselben das Prinzip der Berechnung nach Prozenten an sich als berechtigt anerkannt ist, wenn auch die Höhe der Prozentsätze den Anschauungen der Gegenwart nicht ganz entspricht. Wir haben allerdings nicht viel Sympathie für Rechtsanschauungen, die auf nichts Anderem fussen, als auf dem Buchstaben solcher ergrauter hundert- und halbhundertjähriger Verordnungen.

Am Interessantesten und von einer Bedeutung, die für ganz Deutschland dieselbe Geltung besitzt, ist jedenfalls der in der Beilage zu jenem Schreiben enthaltene Versuch, das Grundprinzip unserer Norm als in sich verfehlt und unhaltbar anzufechten. Man wird dem Verfasser die Anerkennung zollen dürfen, dass derselbe für seinen Zweck nicht ganz ungeschickt unternommen ist. Läge einem Richter das in diesem Sinne abgefasste Gutachten eines Sachverständigen ohne die entsprechende Beantwortung von gegnerischer Seite vor, so möchte es wahrscheinlich sein, dass er von derartigen Gründen sich überzeugen lässt. Und doch ist es verhältnissmässig leicht und einfach die Hinfälligkeit derselben nachzuweisen.

Dass die Berechnung des Honorars für architektonische Arbeiten als eines Quotienten der Bau- oder Anschlagssumme eine fehlerfreie sei, wird wohl von keinem einsichtigen Architekten behauptet werden. Sie ist in allen Ländern, wo ein Stand der Privat-Architekten besteht, in Frankreich und England, in Amerika und Russland nicht nur bei Bau-Arbeiten für Privat-Personen, sondern auch bei Honorirung der Bau-Aufträge des Staates angenommen worden und hat sich eingebürgert nicht als eine absolut vollkommene, sondern als die relativ beste. Wenn der Maassstab, den sie abgiebt, auch kein fester ist und bei seiner Anwendung sorgfältiger Ueberlegung und gewissenhafter Abwägung der Umstände jedes einzelnen Falles bedarf, so übertrifft er an Zuverlässigkeit doch sicher jeden anderen, insbesondere den einer Abschätzung architektonischer Arbeiten nach Maassgabe der darauf verwendeten Zeit.

Das Verfahren, die Schwierigkeit und demzufolge den Werth der auf eine Sache verwendeten Arbeit nach dem durch diese repräsentirten Geldwerthe, also annähernd nach der Wichtigkeit derselben zu bemessen, ist bei Arbeiten, die nicht in vorher bestimmbar Fristen abgewickelt werden können und deren Erledigung sich vielfach durchkreuzt, ein auch in anderen Fällen und bei uns längst übliches; es muss wiederholt betont werden, dass es zur Berechnung der Gerichtskosten sowie der Advokatur- und Notariats-Gebühren noch heute Anwendung findet, obgleich es in diesen letzteren Fällen nicht selten Resultate liefert, die um Vieles weniger der in Wirklichkeit auf eine Sache verwendeten Kraft und Zeit entsprechen, als dies bei Bau-Ausführungen jemals der Fall sein kann.

Die in dem mitgetheilten Gutachten enthaltenen Vorwürfe beruhen zum Theil auf einer Verkennung der allgemeinen Sachlage, zum Theil auf Unkenntniss der bei einer Bau-Ausführung erforderlichen architektonischen Thätigkeit, zum Theil endlich auf Unkenntniss der näheren Bestimmungen unserer deutschen Norm.

Wenn es gerügt wird, dass die Preise für die architektonische Arbeit bei einer Steigerung der Bau-Materialienpreise sich steigern, so setzt dies als normalen Zustand voraus, dass der Werth derartiger Arbeit ein absoluter, für alle Zeiten gleichbleibender sein soll, während es doch gerade rationell ist, dass mit einem Steigen oder Fallen des Geldwerthes, wie ihn derartige Unterschiede in dem Preise der Landesprodukte repräsentiren, auch der Werth der freien Arbeit des Einzelnen sich regulirt. Oder ist mit dem Steigen der Preise für Baumaterial und Bauarbeit, wie es seit zwei Jahren allerdings in ganz exorbitanter Weise stattfindet, nicht eine gleichzeitige Steigerung aller Lebensbedürfnisse eingetreten, die es rechtfertigt, dass auch die Arbeit des Architekten höher bezahlt wird als früher?

Dass die Erhöhung der Bausumme auf das Doppelte auch eine Verdoppelung des Honorars für den Architekten nach sich ziehen soll, ist — wie unsere Fachgenossen wissen — ein Schluss, der nur bei kleinen Summen zutrifft. Es

ist der wesentliche Vorzug unserer deutschen Norm vor dem in anderen Ländern üblichen, auf einem einzigen ein für alle Mal feststehenden Prozentsatz fussenden Modus der Berechnung, dass sie an seiner Stelle ein durchdachtes System der Abstufung der Prozentsätze eingeführt hat, welches die unleugbaren Härten und Schwächen jener Theorie glücklich beseitigt. Es ist bekannt, dass sich der als Honorar für eine architektonische Arbeit festzustellende Prozentsatz in dem Maasse verringert, wie die Bausumme steigt. Es ist ferner bekannt, dass dasselbe stattfindet, sobald die Ausstattung des Gebäudes, welche seinen Rang bezeichnet, eine geringere wird. Demnach ist auch das Beispiel unzutreffend, dass die Wahl kostbarer Materialien und eine reiche Ausschmückung des Gebäudes, welche die Bausumme desselben verdoppelt, eine Verdoppelung des Honorars für den Architekten zur Folge hat, ohne dass seine Arbeit grösser gewesen wäre, als wenn das Haus mit Zuhilfenahme von Surrogaten und in schlichter Ausstattung erbaut worden wäre; ganz abgesehen davon, dass die letzte Annahme eine völlige Unkenntniss architektonischer Arbeit verräth.

Wenn es endlich als eine moralische Gefahr bezeichnet wird, dass die Berechnung des Honorars nach Prozenten der Bausumme zu absichtlicher Vertheuerung der Bauten verleiten könnte, so ist darauf hinzuweisen, dass die Zugrundelegung der wirklichen Bausumme nach unserer Norm überhaupt nur ausnahmsweise in den Fällen eintreten soll, in welchen kein Anschlag vorhanden war. Als Regel soll hingegen gelten, dass das Honorar des Architekten nach der — bei Misstrauen des Bauherrn vorher kontrollirbaren — Anschlagssumme bemessen wird, so dass eine Anschlagsüberschreitung, die nicht durch nachträgliche Erweiterung des Plans oder Steigerung der Ausstattung auf Wunsch des Bauherrn bewirkt ist, keine Erhöhung des ursprünglich akkordirten Honorars zur Folge hat.

Wir glauben damit nachgewiesen zu haben, dass jene Vorwürfe gegen das Prinzip einer Berechnung des architektonischen Honorars nach Prozenten zwar eine gewisse Berechtigung in sich tragen, wenn sie gegen den unverständigen, von der Theorie eines einzigen einheitlichen Prozentsatzes ausgehenden Gebrauch desselben sich richten, dass sie hingegen unsere deutsche Norm, bei welcher die Mängel jener Theorie wohl erwogen und nach Möglichkeit beseitigt sind, in keiner Weise treffen.

Dass sich das Prinzip der Liquidation nach einem einheitlichen Prozentsatz der Bausumme, trotz seiner offenbaren Schwächen, in anderen Kultur-Ländern, vor Allem in Frankreich und England seit Alters behauptet hat und noch immer behauptet, beweist übrigens wohl am Allerbesten, dass es selbst mit diesen, von uns überwundenen Unvollkommenheiten noch immer besser und vollkommener sein muss, als jede andere Methode der Honorarberechnung. Und in der That werden die Vorzüge desselben erst klar, wenn man sich fragt, welches System denn an seine Stelle treten soll — eine Frage, deren Beantwortung der Verfasser jenes Gutachtens vorsichtiger Weise unterlassen hat.

Die Festsetzung einer einfachen Pauschsumme — sei es als Forderung des Architekten, sei es als Bewilligung des Bauherrn oder als Schätzung eines Sachverständigen — kann als System selbstverständlich nicht in Betracht kommen, da sie ohne Sanktionirung offenbarster Willkür, wie sie nur bei den Liquidationen von Malern und Bildhauern ersten Ranges, sowie bei den Honorar-Ansprüchen von Virtuosen und Virtuosinnen der Bühne und des Konzertsaales üblich ist, irgend welche Berechnung zur Grundlage haben muss. Es bleibt daher nichts übrig, als die von den Baubeamten der alten bürokratischen Schule ihren Gutachten zu Grunde gelegte Berechnung der auf die Arbeit verwendeten Zeit und die Honorirung dieser Zeit nach einem Tagewerksatz.

Es bedarf einer leichten Erwägung, um einzusehen, dass die Resultate einer solchen Berechnungsweise des Honorars in den meisten Fällen um Vieles unsicherer und schwankender sein müssen als die einer auf Prozente des Objectwerthes begründeten — noch mehr, dass eine solche Art der Berechnung für eine derartige Thätigkeit überhaupt eine ganz ungehörige und unangemessene ist.

Sie ist angemessen in allen jenen Fällen, wo ein Arbeiter seine körperliche oder geistige Kraft als der Gehülfe eines anderen in dessen Dienst gegeben hat und auf dessen Verantwortung und Anweisung täglich eine bestimmte Zeit für ihn thätig ist, oder doch zu seiner Disposition steht. Sie ist angemessen auch für Leistungen eines Beamten, die von diesem zeitweise als aussergewöhnliche Anstrengung neben seinen laufenden, durch Gehalt und Pensionsberechtigung belohnten Dienstgeschäften gefordert werden. Sie ist endlich anwendbar auch für ganz bestimmte, innerhalb eines

begrenzten Zeitraumes abgewinkelte Einzelleistungen eines Jeden, wie solche ja auch in unserer Norm vorgesehen sind. In allen diesen Fällen bildet die für einen bestimmten Zweck thatsächlich verwendete Zeit einen sicheren Maassstab zur Berechnung des Arbeitswerthes.

Ist es möglich, denselben Maassstab anzulegen an Leistungen, die lediglich in ihren Resultaten vorliegen — für welche die thatsächlich aufgewendete Zeit schon um deshalb nicht ermittelt werden kann, weil der Mann, der sie geschaffen, niemals einer einzigen und allein sich hingegeben hat, weil er mit seinen Hilfskräften an mehreren und vielen zu gleicher Zeit arbeitete? Ist es zulässig, ihn anzuwenden auf Werke, bei denen überhaupt nicht die mechanische Thätigkeit des Arbeiters und die laufende Dienstleistung des Beamten in Betracht kommt, sondern in erster Linie das Schaffen des Erfinders: d. h. eine Art der Arbeit, für welche der Zeitaufwand je nach der augenblicklichen Lage, je nach der Uebung und Begabung der einzelnen Individualität ein so unendlich verschiedener ist, dass dem einen in wenigen Tagen gelingt, worüber ein Anderer oder er selbst zu ungünstigerer Stunde Wochen lang brüten und sich abquälen muss? Wo ist der normale Mensch, dessen Leistungsfähigkeit hier den Maassstab abgeben kann zur richtigen Schätzung der Arbeit Anderer? —

Die Beantwortung dieser Fragen mögen diejenigen gerichtlichen Sachverständigen, welche bei Abschätzung des Werthes architektonischer Arbeiten mit so grosser Sicherheit die Anzahl der Arbeitstage bestimmen, welche zur Anfertigung derselben nothwendig gewesen sind, mit ihrem Gewissen abmachen. Sie werden uns jedoch gestatten müssen, dass wir diesen Maassstab, auch wenn wir an der Aufrichtigkeit ihrer Ueberzeugung nicht im Mindesten zweifeln, doch für einen ganz subjektiven und imaginären halten, der an sich durchaus nicht geeignet ist, einem Rechtssprüche zu Grunde gelegt zu werden. Wir sehen hierbei ganz ab von der Unwürdigkeit der Diätensätze, welche häufig für jene Arbeitstage angenommen werden; es ist dies im Sinne des Prinzips eine untergeordnete Frage und wir haben ebenso die Höhe der üblichen Prozentsätze unerörtert gelassen.

Wenn wir uns der Hoffnung nicht verschliessen, dass die entsprechende Darlegung eines Sachverständigen im Stande sein würde, jeden Richter davon zu überzeugen, dass eine Berechnung des architektonischen Honorars nach Tagelohnsätzen für die darauf verwendete Arbeitszeit eine im höchsten Grade vage und daher jedenfalls um Vieles unangemessener ist, als die Berechnung nach Prozenten der Bau-summe, so wird es für den Zweck einer Darlegung vor Gericht allerdings noch um Vieles durchschlagender sein, wenn ein Sachverständiger die zweite der ihm gewöhnlich vorgelegten Fragen, ob die von dem Kläger gewählte Art der Liquidation ortsüblich sei, auf diese Methode der Honorarberechnung anwendet.

Es erscheint uns in der That seltsam, dass keiner der beteiligten Fachgenossen und dass ebenso wenig wir selbst auf die so naheliegende Erörterung des Moments gekommen sind, dass eine Berechnung des Honorars für selbstständige architektonische Privat-Arbeiten nach der darauf verwendeten Zeit eine der wirklichen Praxis durchaus fremde ist, und lediglich den Gutachten derjenigen Sachverständigen angehört, welche ihre in dem Beamtenleben einer früheren Zeit gewonnenen Anschauungen auf die so ganz anders gearteten Verhältnisse der Gegenwart, welche erst die blühende Entwicklung des Privatbaues in Deutschland hervorgerufen hat, übertragen haben. Warum jene Art und Weise der Berechnung in der Wirklichkeit niemals wird Platz greifen können, brauchen wir wohl nicht näher auszuführen. Sie würde zur Quelle endloser und regelmässiger Streitigkeiten über die Höhe des Honorars werden, die jetzt doch nur ausnahmsweise eintreten; auch würde die Verführung zu einer absichtlichen Verzögerung des Baues, oder doch mindestens der Verdacht einer solchen alsdann ziemlich nahe liegen! —

Sollte Angesichts solcher Thatsachen und Verhältnisse der moralische Sieg der in der Norm des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine enthaltenen Grundsätze zur Berechnung des Honorars für architektonische Arbeiten nicht auch endgültig vor unseren Gerichtshöfen sich durchsetzen lassen? —

— F. —

Die Anlage des Bahnhofes Hameln der Hannover-Altenbekener Eisenbahn.

Je enger die Maschen des deutschen Eisenbahn-Netzes gezogen werden, desto häufiger tritt auch die Verbindung mehrerer Eisenbahnlinien in einem Knotenpunkt ein. Es muss daher für den projektirenden Techniker von Interesse sein die verschiedenen Wege kennen zu lernen, auf welchen die Lösung dieser Aufgabe bei wirklich ausgeführten Anlagen erreicht worden ist. Kann sich nun auch, der vorliegende Trennungs-Bahnhof Hameln der Hannover-Altenbekener Eisenbahn mit den Anlagen in Delitzsch und Sorau an eigenartiger Erfindung und Ausführung nicht messen, so dürfte er doch als eine recht gelungene Lösung der gestellten Aufgabe auch das Interesse der Fachgenossen in weiteren Kreisen verdienen.

Um den Wünschen der Stadt Hameln möglichst zu entsprechen musste der Bahnhof, wenigstens der dem Personenverkehr dienende Theil desselben, der Stadt möglichst nahe gerückt werden, während das Ministerium wieder die Bedingung, dass für keine der einmündenden Bahnen eine Kopfstation entstehen dürfe, stellte. Die Vereinigung dieser Interessen und die Lösung der Aufgabe wurde noch durch die Formation des Terrains, welches nach dem Weserthale zu ziemlich rasch abfällt, und durch die Hochwasserverhältnisse wesentlich erschwert. In dem eigentlichen Weserthale nimmt die Stadt selbst die höchsten Punkte ein und zwar derartig, dass bei den höchsten Wasserständen dieserseits auf einer den Hochwasserspiegel nur wenig überragenden Insel liegt. Es musste darauf Bedacht genommen werden, den Zugang zu dem Empfangsgebäude so nahe an die Stadt zu bringen, dass derselbe noch auf diesem hochwasserfreien Theil des

Weserthales zu liegen kam, zugleich aber auch zu bedeutende Anschüttungen thunlichst vermieden wurden. Wie dieses erreicht wurde zeigt die umstehende Situationsskizze besser, als eine lange Beschreibung es vermag.

Dass unter den gegebenen Bedingungen auch die Anlage des Stations-Gebäudes und die Gruppierung seines Grundrisses Schwierigkeiten bot, ist erklärlich; dass dieselben im Ganzen glücklich überwunden sind, zeigt die dargestellte Skizze des Parterre-Grundrisses. Das Gebäude besteht aus Erdgeschoss und einem theilweisen, Dienstwohnungen enthaltenden Stockwerke, wozu in der Stadtansicht noch ein sehr hohes, dem Bahndamm entsprechendes Souterrain tritt. Ausgeführt ist dasselbe in Backsteinrohbau mit Gesimsen, Thür- und Fenster-Einfassungen aus Sandstein von theils grauer, theils dunkelrother Farbe; es macht einen durchaus angenehmen Eindruck. Der Wartesaal dritter und vierter Klasse sowie das Vestibül haben Oberlicht, was namentlich für den Wartesaal dritter und vierter Klasse eine sehr gut angelegte Ventilation voraussetzt, wenn der Aufenthalt in demselben erträglich bleiben soll. Sehr günstig ist die Lage der Lokale für den Stationsverkehr und die Telegraphenbeamten, von welchen Räumlichkeiten aus der ganze Bahnhof übersehen werden kann. Post- und Eilgut-Expedition stehen mit dem Souterrain durch Aufzüge in Verbindung. Leider stellt sich schon jetzt, nachdem der Betrieb in dem provisorisch zum Stationsgebäude eingerichteten Theile des Güterschuppens eröffnet ist, heraus, dass das Gebäude für den Verkehr sehr bald nicht mehr ausreichen wird.

E. F.

Die Schiffbarmachung der Oder.

In der Beilage No. 50 des Kgl. Staats-Anzeigers von 1872 ist ein Aufsatz veröffentlicht, der den Nachweis führen soll, dass die in der Schrift „die Schiffbarmachung der Oder, Oppeln 1872“ in Vorschlag gebrachte Kanalisierung mittels beweglicher Wehre und Schleusen auf der oberen Oder bis Breslau vorläufig, auf der unteren Oder von Breslau bis Küstrin überhaupt unausführbar sei.

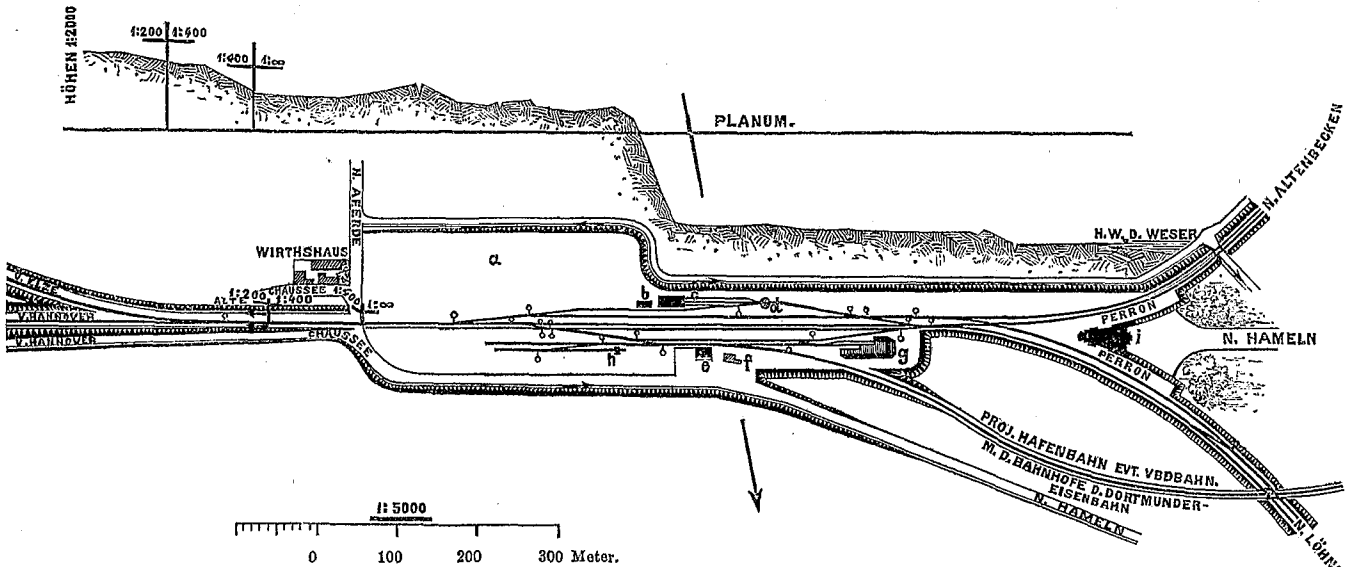
Zunächst wird als ein Hinderniss der Kanalisierung der oberen Oder angesehen, dass keineswegs das Flussbett so tief eingeschnitten wäre, dass bei einem Aufstau des Wasserspiegels über den mittleren Sommerwasserstand von 0,6—1,6^m die angrenzenden Grundstücke nicht Nachtheil und wesentlichen Ab-

bruch an Entwässerung erleiden sollten. Hierauf lässt sich entgegen, dass die Ufer so hoch gelegen sind, dass sie selten, etwa in 15—20 Jahren ein Mal, vom Hochwasser erreicht werden, und dass deshalb nur wenige isolirte Deichsysteme bestehen. Bei der Kanalisierung ist ein Aufstau im Unterwasser der Schleusen auf 1,57—1,88^m, im Oberwasser auf 2,2—2,5^m Oppelner Pegel beabsichtigt. Der erstere Wasserstand hält alljährlich durchschnittlich 4 Wochen, der letztere 2 Wochen an, ohne dass Klagen über Mangel an Entwässerung laut geworden sind. An der Coseler, Brieger, Ohlauer Schleuse ist durch feste Wehre, welche der Vorfluth hinderlicher sind als bewegliche Wehre seit länger als hundert Jahren ein höherer als bei der Kanali-

sirung projektirter Aufstau hergestellt, ohne dass erhebliche Uebelstände bemerkt worden wären. Sollten in dem eigentlichen Flussbette für Nieder- und Mittelwasser, das gewöhnlich in den geraden Strecken ein engeres, in den Serpentinien ein weiteres Profil hat, unzulässige Ueberstauungen veranlasst werden, so könnte man durch Schüttung niedriger Dämme, wie sie an jedem schiffbaren Flusse bei Herstellung des Leinpfades erforderlich werden, eine Abhilfe schaffen. Wenn es nicht möglich wäre, die Schleusen so zu legen, dass die Hauptentwässerungsgräben in das Unterwasser einmünden, wo der geringste Aufstau Statt findet, so liessen sich doch die Entwässerungsgräben mit ausreichendem Gefälle entsprechend verlegen. Hierdurch werden erheblich [grössere Kosten, als bereits bei Anlage des Leinpfades und unter Insgemein in der oben genannten Schrift vorgesehen sind, kaum veranlasst werden.

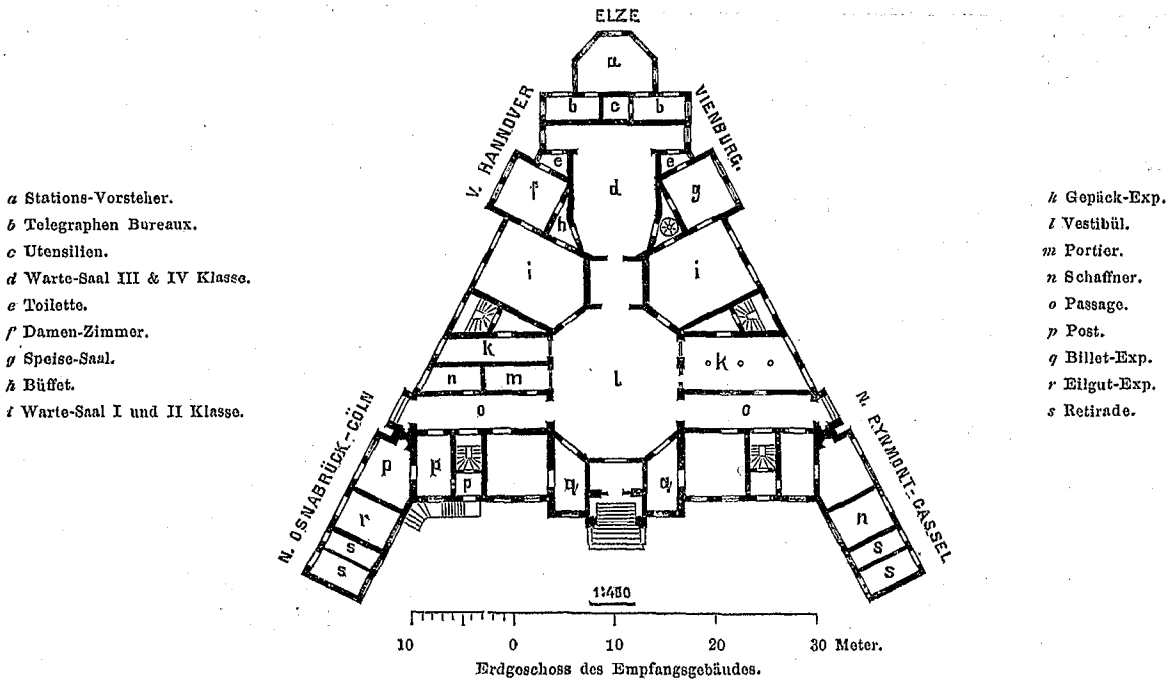
welche letztere sich durch eine Verminderung des Wasserspiegel-Gefälles auf der oberhalb der Mündung gelegenen Oderstrecke bemerklich machen müssten. Eine solche Gefälle-Verminderung hat nicht einmal vor der bewirkten Regulierung Statt gefunden, wo die Räumung des Bettes weniger vollständig erfolgte. Nach dem bei dem niedrigen Wasserstande von 1,1m am Oppelner Pegel aufgenommenen Oder-Nivellement von 1841 hatte der Wasserspiegel oberhalb der Birawka- und Malapane-Mündung ein Gefälle von $\frac{1}{2000}$, oberhalb der Neissemündung von $\frac{1}{2400}$, also ein stärkeres Gefälle als das durchschnittliche von $\frac{1}{3000}$. Bei einer starken alljährlich eintretenden Sandablagerung hätte sich das Oderbett im Allgemeinen beträchtlich erhöhen müssen. Dasselbe scheint aber im Gegentheil allmählich tiefer ausgerissen zu sein, weil bei allen Pegeln mit Ausnahme des Krappitzer, Oppelner, Aufhalter, wovon die beiden ersten auf

Bahnhof Hameln der Hannover-Altenbekener Eisenbahn.



a Terrain zu einer eventuellen Anlage von Reparatur-Werkstätten. b Wasserstation und Kohlenschuppen c Lokomotivschuppen. d Drehscheibe. e Güterschuppen. f altes Haus. g Vieh-Rampe und Hof. h Zentesimalwaage. i Stationsgebäude. k Lagerplätze.

Situationsplan.



a Stations-Vorsteher.
b Telegraphen Bureau.
c Utensilien.
d Warte-Saal III & IV Klasse.
e Toilette.
f Damen-Zimmer.
g Speise-Saal.
h Büffet.
i Warte-Saal I und II Klasse.

k Gepäck-Exp.
l Vestibül.
m Portier.
n Schaffner.
o Passage.
p Post.
q Billet-Exp.
r Eilgut-Exp.
s Retirade.

Nach dem Artikel des Königlichen Staats-Anzeigers soll aber die Kanalisierung hauptsächlich dadurch behindert sein, dass eine durch Aufstau gewonnene Fahrtiefe von 1,4m nicht dauernd erhalten werden könne, so lange der oberen Oder durch ihre Nebenflüsse, wie die Birawka, Stober, Malapane, Neisse so erhebliche Sandmassen wie jetzt zugeführt und in ihrem Bette abgelagert würden. Selbstverständlich führen die Oder und ihre Nebenflüsse bei Hochwasser eine Menge Geschiebe ab, welche sich aber nicht in dem Flussbette, wenigstens nicht in dem offenen Stromlaufe ablagnern. Bei dem starken Gefälle, tiefen Profile wird vielmehr durch die starke Hochwasserströmung eine vollständige Räumung des Bettes bewirkt. Dies geht aus folgenden Thatsachen hervor. Die vorhandenen Buhnen verlanden entweder gar nicht oder in sehr geringem Maasse. In dem Oderbette zeigen sich auf den geraden Strecken, auch zunächst den Mündungen der Nebenflüsse keine Ablagerungen,

Felsboden stehen, die niedrigsten Wasserstände unter 0,6m, bei mehreren, nämlich dem Oderberger, Coseler, Neusalzer, Frankfurter und Cüstriner Pegel, sogar erheblich unter dem Nullpunkte liegen und doch angenommen werden muss, dass beim Setzen der Pegel die Höhe der Flusssohle als Nullpunkt angesehen ist. Möglicher Weise sind unter den starken Ablagerungen, welche nach dem Artikel des Kgl. Staats-Anzeigers jetzt noch Statt finden sollen, die Barren verstanden, welche sich allerdings in der Nähe der Serpentinien, besonders zwischen zwei Kurven zeigen, wo dieselben rasch wechseln. Es handelt sich hier aber nicht um Ablagerungen, sondern um eine nicht normale Ausbildung des Bettes, welche durch die schräge Richtung des Flusslaufs und Stromstrichs bedingt wird. Die Sohle des Flussbettes wird auf der Barre gegen die normale Lage erhöht, vor der Barre aber um mindestens eben so viel vertieft. Auf der

Barre hat das Wasser wegen des stärkeren Gefälles wie auf einem Abfallwehr eine grössere Geschwindigkeit als vor der Barre, wo das Wasser eine Aufstauung erleidet. Es findet also bei der Bildung des verschiedenen Durchflussprofils ein Ausgleich zwischen der Tiefe und Geschwindigkeit des Wassers statt. Da die Barren immer an derselben Stelle in fast unveränderter Höhe von höchstens 0,3^m über der normalen Flusssohle sichtbar sind, so können sie nicht durch alljährlich eintretende neue Ablagerungen erzeugt und durch die Flusskrümmung veranlasst, nur durch Gradelegung des Flusslaufs und Stromstrichs beseitigt werden. Durch den bei der Kanalisierung beabsichtigten Aufstau werden sie übrigens nach Massgabe der Höhe des Rückstaus für die Schifffahrt unschädlich gemacht.

Die Kanalisierung behindert in keiner Weise die Räumung des Oderbettes, indem die beweglichen Wehre bei Hochwasser niedergelegt werden. Die Oder bietet in dieser Beziehung sehr günstige Verhältnisse, weil an dem Strome selbst sehr wenig Mühlen belegen sind, welche wie an der Saale, Unstrut, Elster das Aufstellen der Wehre oder den Schluss der Grundablässe erfordern, wenn noch eine Geschiebebewegung statt findet. Die obere Oder führt bei kleinem Wasser kein Geschiebe. Das grobe Geschiebe der Oppa Olsa kann bei kleinem Wasser nicht fortbewegt werden, das feinere Geschiebe in den anderen Nebenflüssen wird aber durch eine Menge Stau-Anlagen bis zum Eintritt des Hochwassers zurückgehalten. Im Allgemeinen zeigt sich auch auf den untersten Strecken der Nebenflüsse, von der Oder bis zur letzten Wehrspannung keine Versandung beim Rückstau der Oder, weil das Hochwasser in den Nebenflüssen wegen rapiden Gefälles früher eintritt als in der Oder, und daher die Mündungen räumt. Die Hotzenplotz dient bei Krappitz von jeher als Nothhafen, die Neisse ist bis Schurgast ohne Hinderniss zu befahren, wenn der Wasserstand in der Oder die Schifffahrt ermöglicht. Die Malapane bildet jedoch in dieser Beziehung eine Ausnahme. Dieser Nebenfluss hat ein schwächeres Gefälle und führt einen sehr feinen Sand, der sich bei Hochwasser und Rückstau der Oder auf der untersten ¼ Meile langen Strecke unterhalb der letzten Mühle bei Czarnowanz bis zu einer gewissen Höhe ablagert. Sobald nun niedrige Wasserstände in der Oder, etwa 0,3—0,5^m über dem niedrigsten, eintreten, gewinnt die Strömung in der Malapane die Kraft, die abgelagerten Sandmassen fortzutreiben, welche die Oder an der Mündung wegen zu geringer Tiefe und Wassergeschwindigkeit nur langsam weiter bewegt. Uebrigens hat sich die Versandung der Oder an der Malapanemündung selten über eine Länge von 300^m erstreckt und wurde bereits im Jahre 1867 durch Herstellung eines niedrigen Parallelwerks an den Oderufern in der Schifffahrtsrinne beseitigt. Auch hat dieselbe ein wirkliches Hinderniss für die Schifffahrt nicht hervorgerufen, da sie jedesmal vom Hochwasser fortgetrieben wird und bei Mittelwasser und der nöthigen Tiefe des Fahrwassers nicht vorhanden ist. Die Kanalisierung dürfte nun den genannten Uebelstand nicht vergrössern, vielmehr beseitigen, weil bei Aufstellung des zunächst unterhalb liegenden beweglichen Wehres ein Rückstau in der Malapane entsteht, so dass sich bei kleinem Wasser keine Strömung zur Fortbewegung des abgelagerten Sandes bilden kann, und derselbe bis zum nächsten Hochwasser liegen bleiben muss.

Gleich unterhalb der Birawkamündung beginnt der Rückstau des Koseler Wehres. Auf dieser Strecke zeigen sich unverändert die grössten Wassertiefen, welche überhaupt an der oberen Oder vorhanden sind und bis 6^m betragen, während sich hier in dem ruhigen Wasser unbedingt starke Ablagerungen bilden müssten, wenn Sandmassen durch die Birawka zugeführt würden. Der obere Mühlengraben bei Oppeln, welcher einen Nebenarm der Oder bildet und früher der vollständigen Versandung ausgesetzt war, wird jetzt bei Hochwasser bei Niederlegung des neben dem grossen Ueberfallwehr hergestellten Nadelwehres vollständig geräumt, bleibt aber auch bei kleinen Wasserständen und bei aufgestelltem Wehr frei von Ablagerungen. Im Allgemeinen lässt sich mit Sicherheit behaupten, dass bei einer Kanalisierung der Oder eine Unterbrechung und Behinderung der Schifffahrt durch Geschiebeablagerungen viel weniger zu befürchten ist, als bei einem vollständigen Seitenkanal, der die Nebenflüsse durchschneidet. Weil der Kanal nur ausserhalb der Hochwassergrenze durch Sperrthore von dem Nebenflusse abgeschnitten werden dürfte, so würden die im Inundationsgebiet liegenden Strecken des Kanals unfehlbar bei jedem Hochwasser versanden und durch langwierige Baggerarbeiten geräumt werden müssen.

Keineswegs ist in der Schrift „die Schiffbarmachung der Oder“ 1,4^m als das Maximum, sondern nur als das Minimum der Wassertiefe angesehen, welche durch die Kanalisierung erreicht werden soll, weil dieselbe den jetzt gebräuchlichen Fahrzeugen noch eine lohnende Schifffahrt verspricht. Mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer Vertiefung des Fahrwassers ist sogar angenommen, dass die Schleusendempel 2,2^m unter den beabsichtigten Aufstau gelegt werden. Die Vertiefung des Fahrwassers soll dadurch erstrebt werden, dass man die Schleusenkanäle in die Seinen der stärksten Serpentina und hierdurch bei geöffneten Schleusenthoren den Hochwasserstromstrich gerade legt, dass man bei höherem Mittelwasser bei geschlossenen Thoren die Schütze als Grundablässe benutzt. Sollte durch das Zusammentreffen der Strömungen aus dem Schleusenkanal und aus dem alten Stromlauf im Unterwasser noch nicht die verlangte Austiefung bewirkt werden, so liesse sich ein sicheres Resultat erreichen, wenn man das Strombett im Unterwasser auf eine entsprechende Breite und Länge durch Parallelwerke begrenzen

würde. Wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, dass alle Vertiefungen, welche bei niedrigen Wasserständen durch Baggerung hergestellt sind, bei dem nächsten Hochwasser wieder ausgefüllt werden, so ist umgekehrt zu erwarten, dass alle Vertiefungen, welche die Hochwasserströmung bewirkt, bei kleinem Wasser Bestand behalten, wie thatsächlich vor dem Koseler Wehr bewiesen wird.

Die in dem Artikel des Königlichen Staats-Anzeigers ausgesprochene Ansicht, dass man auf der oberen Oder keine Wassertiefe von 1,4^m oder eine noch grössere herstellen dürfe, wenn auf der unteren Oder bis Stettin, auf dem Finow-Kanal, der Spree, Havel, Elbe in der Richtung auf Berlin und Hamburg nur eine Wassertiefe von 1^m und eine geringere vorhanden sei, möchte nicht allseitig getheilt werden, weil einerseits die Unmöglichkeit noch nicht bewiesen ist, auf den genannten Wasserstrassen die Wassertiefe ebenfalls vergrössern zu können, und andererseits die obere Oder, für sich bestehend, schon eine leistungsfähige Schifffahrt ermöglichen würde. Bei jeder Strasse ist nach der gehörigen Entwicklung der Lokal-Verkehr bedeutender als der durchgehende Verkehr. Obwohl in Oberschlesien der Transport auf geringe Entfernungen zum grössten Theil auf Pferde-Eisenbahnen und Chausseen erfolgt, obwohl der durchgehende Kohlenverkehr sehr bedeutend ist, so wurde doch im Jahre 1869 auf der 36 Meilen langen Oberschlesischen Eisenbahn der Güter-Zentner durchschnittlich nur 13,6 Meilen weit gefahren.

Dass eine Wassertiefe von 1^m bei der Konkurrenz der Eisenbahnen eine lohnende Schifffahrt auf der oberen Oder ermöglichen sollte, unterliegt wohl einem berechtigten Zweifel. Bei Erzielung einer durchschnittlichen Wassertiefe von 1^m gewinnt man, wenn die Flusskrümmungen, wie es den Anschein hat, an der Oder beibehalten werden sollen, wegen der oben besprochenen Barren bei den Serpentina bei kleinem Wasser nur eine für die Schifffahrt nutzbare Tiefe von 0,8^m, wie sich auch bei der Regulirung der Elbe im Königreich Sachsen herausgestellt hat. Wenn berücksichtigt wird, dass zwischen Boden des Schiffes und Flusssohle ein Spielraum von 0,15^m verbleiben muss, dass die alten Oderkähne leer gehend 0,45^m, gut konstruirte Oderkähne 0,3^m Einsenkung erleiden, dass nach den Dimensionen der vorhandenen Schleusen nur ein Ladungsraum von 34^m Länge, 4^m Breite gegeben ist, so ermöglichen die Fahrzeuge nur Ladungen von resp. 500 und 800 Zentner. Rechnet man für den Tag 50 Schleusungen, für das Jahr 320 Schifffahrtstage, so ergibt sich die Möglichkeit einer jährlichen Güterbewegung von resp. 8 und 12½ Millionen Zentner. Ein so geringes Quantum kann weder den Schiffen einen ausreichenden Erwerb verschaffen, noch dem Handel einen merklichen Aufschwung gewähren.

In dem Kongresse von Technikern und kaufmännischen Sachverständigen, welcher im Herbst 1872 in Berlin zur Ermittlung der vortheilhaftesten Dimensionen für Flussschiffe etc. abgehalten wurde, ist vereinbart worden, dass man bei Schiffen für Kaufmanns- und Stück-Güter nicht unter 2000 Zentner, bei Schiffen für Massengüter, als Kohlen, Steine, nicht unter 7000 Zentner Ladungsfähigkeit gehen dürfe, um einen lohnenden Frachtertrag zu sichern.

Bei Einrichtung der Kettenschleppschifffahrt würde man, um eine Nutzlast von 20000 Zentner fortzubewegen, bei 800 Zentner Ladung 25 Lastschiffe gebrauchen. Es möchte aber unmöglich sein, Lastzüge von so grosser Länge ohne Havarie durch die starken Kurven der Oder zu führen, um bei dem bedeutenden Zeitverluste, welchen das Passiren der vorhandenen Schleusen verursachen müsste, einen lohnenden Frachtertrag zu erzielen.

Der rege Wasserverkehr, welcher sich auf der Elbe im Königreich Sachsen entwickelt hat, giebt zwar ein erfreuliches Zeugniß für die Möglichkeit der Konkurrenz neben dem Eisenbahnverkehr, bietet aber bis jetzt noch keine besonders günstigen finanziellen Resultate. Nach einer in No. 17 Jahrg. 1872 der deutschen Bau-Zeitung Seite 139 enthaltenen Mittheilung beträgt die Fracht für den Meilen-Zentner bei Benutzung der Kettenschleppschiffe 0,66 Pfennige bei Schiffen mit 3000 Zentner. Ladung. Da aber die üblichen Elbschiffe, obwohl sie bedeutend länger und breiter sind als die Oderkähne, bei kleinem Wasser nur 1500—2000 Zentner laden können, da ferner die Zinsen der Kosten für Herstellung der Parallelwerke, welche pro Meile 372000 Thlr. betragen haben; ferner die Unterhaltungskosten, dann die Betriebskosten für die fortwährend im Gebrauch befindlichen Dampfbagger in Rechnung zu bringen sind, so werden sich auch mit Rücksicht auf die billigere Thalfahrt die Gesamtkosten durchschnittlich auf 1 Pfennig für den Meilen-Zentner stellen, zu welchem Tarif die Eisenbahnen die Massen-Güter bereits transportiren.

In dem Artikel des Königlichen Staats-Anzeigers sind besondere Gründe, welche gegen Kanalisierung der unteren Oder von Breslau bis Küstrin sprechen, nicht angegeben, und werden die Hinderungsgründe als zutreffend angenommen, welche in No. 34, 1872 aufgeführt waren. In dem Beirathe in No. 44, 1872 dieser Zeitung dürfte im Wesentlichen die Widerlegung erfolgt sein.

Für die Möglichkeit der Regulirung spricht der Umstand, dass in früheren Zeiten auch an der unteren Oder mehrere Wehre bestanden haben, welche wie das am längsten erhaltene Wehr bei Beuthen beseitigt sind, weil sie durch ihre isolirte Lage und durch mangelhafte Schiffsdurchlässe die Schifffahrt wesentlich verzögerten und gefährdeten.

Gegen die weitere Regulirung der unteren Oder mittels Grundschnellen (Rauschbuhnen) spricht der Zweifel, den man allerdings so lange gegen die Dauer der letzteren hegen muss, bis sich nicht grössere Systeme oberhalb Küstrin, wo ein stärkeres Gefälle besteht und die Strombreite weiter eingeschränkt werden muss, als auf der Strecke unterhalb Küstrin, 10—15 Jahre bewährt haben.

Wenn man auf der Strecke von Breslau bis Küstrin für kleine Wasserstände auch nur eine durchschnittliche Wassertiefe von 1^m erzielen wollte, welche aber zwischen starken Kurven nur eine für die Schifffahrt nutzbare Tiefe von 0,8^m ergeben würde, so müsste nach der disponiblen Wassermenge von 20 km³ bei Breslau, von 50 km³ bei Küstrin das Strombett resp. auf etwa 27^m und 65^m Breite beschränkt werden.

Thatsächlich stellt sich aber auf der oberen Elbe bereits eine Breite von 113^m bei gleichem Gefälle und gleich starker Strömung wie sie auf der Oder besteht, für die Kettenschleppschifffahrt neben der Holzflösserei als ungenügend heraus.

In dem Schwusener Prozesse Gilka contra Strom-Fiskus ist neuerdings entschieden, dass die Verlandungen, welche zwischen dem vom Kgl. Strom-Fiskus erbauten Buhnen entstehen, nicht dem Strom-Fiskus, sondern dem angrenzenden Uferbesitzer gehören. Da die richtige Regulirung nur die Herstellung neuer zweckmässiger Ufer durch Ausbildung der Verlandungen bezweckt, aber dem Königl. Strom-Fiskus die Verfügung über die Verlandungen abgesprochen wird, dürfte auch in administrativer Beziehung die Nothwendigkeit vorliegen, die Schiffbarmachung der Oder nicht durch weitere Regulirung zu erzielen und vielmehr den Besitzern den Schutz der Ufer zu überlassen, wozu sie gesetzlich verpflichtet sind.

Nach dem Artikel des Kgl. Staats-Anzeigers soll ein Erfolg von der feineren Ausbildung der Regulirung erst dann erwartet werden können, wenn die in einzelnen Abschnitten zu bauenden Systeme der Grundschnellen vollendet und in Zusammenhang gebracht sind.

In der vom Kgl. Handels-Ministerium dem Abgeordneten-hause vorgelegten Denkschrift vom 15. November 1867 waren für Vollendung der Regulirung ohne Grundschnellen 18 Jahre in Aussicht genommen. Hiernach und nach den 1867—1872 er-

zielten Fortschritten wird man also auf einen Zeitraum von 20 Jahren rechnen müssen, ehe sich beurtheilen lässt, ob die projektirte feinere Ausbildung der Regulirung das erstrebte, im günstigsten Falle ungenügende Resultat erreicht, eine Wassertiefe von 1^m herzustellen.

Eine schleunige Schiffbarmachung der Oder ist aber ein dringendes Bedürfniss, weil die vorhandenen Eisenbahnen besonders in Oberschlesien den Massengüter-Verkehr nicht mehr bewältigen können, und bereits der Bau von Parallelbahnen von Ratibor nach Oppeln auf dem linken Oderufer, von Oppeln-Brieg-Breslau auf dem rechten Oderufer in Aussicht genommen ist. Es hat sich in den beiden letzten Jahren ganz evident herausgestellt (z. B. bei der Anhaltischen Bahn), dass die Eisenbahnen viel weniger zum Transport von Massengütern, besonders Baumaterialien geeignet sind, als die Wasserstrassen. Eine gute Wasserstrasse, also natürlich eine solche mit ausreichender Wassertiefe, bietet auch in volkswirtschaftlicher Beziehung den ausserordentlichen Vortheil vor den Eisenbahnen, dass sie bei Bau, Unterhaltung und Betrieb ein mindestens zehn Mal geringeres Quantum von Materialien wie Eisen, Kohle, Holz und insbesondere von Arbeitskräften gebraucht, deren bedenklicher Mangel bereits in allen Geschäftskreisen, aber vornehmlich bei der Landwirtschaft fühlbar wird.

Sehr günstige Aussichten für den Wasserverkehr auf der Oder sind in neuester Zeit durch Auffindung reicher Kohlenlager unterhalb Gleiwitz bei Peterwitz, Laband, Brzinka, also dicht am Klodnitz-Kanal, eröffnet worden.

Selbstverständlich würde die Kanalisierung am zweckmässigsten durch den Staat ausgeführt werden, weil es sich um Anlage einer Verkehrsstrasse handelt, wobei möglichst einfache und gleichförmige Einrichtungen zu treffen und die verschiedensten Interessen der Staatsangehörigen zu berücksichtigen sind. Indessen könnte die Ausführung mindestens eben so gut, wie der Bau von Eisenbahnen auch durch eine Aktien-Gesellschaft erfolgen. Unter den jetzigen Zeitverhältnissen würde dies auch unbedingt geschehen, wenn durch den Bau einer kurzen Probestrecke der Erfolg bewiesen und der gegen Wasserstrassen bestehende Misskredit gehoben wäre.

Fessel.

Mittheilungen aus Vereinen.

Architekten-Verein zu Berlin. Versammlung am 18. Januar 1872; Vorsitzender Hr. Quassowski, anwesend 137 Mitglieder und 15 Gäste.

Auf Antrag des Vorstandes wird in Ergänzung der Geschäftsordnung des Vereins der Beschluss gefasst, dass die Namen der zur Aufnahme in den Verein sich meldenden Kandidaten künftig 4 Wochen lang an einer im Lokale anzubringenden Tafel angeschrieben sein sollen. Für die in nächster Hauptversammlung zu bewirkende Wahl der Aufgaben zu den Schinkelfest-Konkurrenzen des Jahres 1874 werden Vorschläge eingefordert.

Es folgt ein Vortrag des Hrn. Bahke über Adam Riese und die Entwicklung der Rechenkunst im XVI. Jahrhundert. Die Verdienste, welche der im Jahre 1492 geborene, als „Gegenschreiber“ bei der Chursächsischen Bergwerksverwaltung zu Annaberg verstorbene deutsche Meister um jene Kunst sich erworben hat, sind zwar durch den zur Bekräftigung einer Wahrheit des Einmaleins sprüchswörtlich gewordenen Gebrauch seines Namens, vor gänzlicher Vergessenheit bewahrt, doch ist wohl nur Wenigen bekannt, welcher Art dieselben gewesen sind und wieviel wir ihm verdanken. Gestützt auf das Studium der Original-Ausgaben von Adam Riese's Schriften gab der Vortragende zunächst ein Bild der im Mittelalter üblichen, im Orient noch heute allgemein verbreiteten Methode des Rechnens „auf der Linie“, d. h. mittels eines in Linien getheilten Zahlbrettes, auf welchem die betreffenden Zahlenwerthe durch Marken bezeichnet werden. Adam Riese gebührt das Verdienst die durch Annahme des arabischen Zahlen-Systems möglich gewordene Art und Weise unseres heutigen Rechnens mit den 4 Spezies wenn auch nicht erfunden, so doch zum Gemeingute Aller

gemacht zu haben. Die von ihm eingeführte Methode des Rechnens „auf der Feder“ entspricht allerdings nur im Prinzip, nicht aber in allen, öfters sehr umständlichen und ungefügigen Einzel-Operationen der heutigen Methode; auch ist es für die Zeit und den Mann charakteristisch, dass derselbe weit davon entfernt ist, klare Einsicht in das Wesen der von ihm gelehrt Operationen zu verbreiten, sondern seine Vorschriften lediglich als geheimnissvolle, anscheinend nur für die speziellen von ihm angeführten Beispiele anwendbare Rezepte giebt. Für Beides liefert der Hr. Vortragende in der Durchführung einiger Exempel nach der von Riese gegebenen, auch auf Progressionen und die Lösung einfacher Gleichungen sich erstreckenden Anweisung drastische Belege, welche die ungetheilte Heiterkeit der Versammlung erweckten.

Hr. Marggraf legt die beiden bis jetzt erschienenen Hefte der von Ritter redigirten „Malerischen Ansichten von Nürnberg“ vor und empfiehlt dieselben sowohl zur Anschaffung für die Bibliothek des Vereins wie zur Subskription der einzelnen Mitglieder. Wir können uns dieser Empfehlung eines Werkes nur völlig anschliessen, welches für den Preis der Photographien ähnlichen Formates eine Reihe von Kunstblättern liefert, deren Auffassung und Behandlung meisterhaft genannt werden muss.

Die im Fragekasten enthaltenen Fragen werden durch die Herren Bänsch und Schwedler beantwortet. Eine von dem Letzteren in voriger Sitzung gegebene Empfehlung mehrerer französischen Werke über Mechanik wird von ihm dahin ergänzt, dass die neueren deutschen Werke über jenes Gebiet, namentlich die Arbeiten von Winckler und Grashof, jenen durchaus ebenbürtig sind.

— F. —

Vermischtes.

Hansen's Entwurf für das Oesterreichische Parlamentsgebäude.

Bei dem Interesse, welches die deutsche Architektenwelt den Entwürfen für das Haus des deutschen Reichstages zugewendet hat, gewinnt es eine erhöhte Bedeutung, dass in der jüngsten Zeit durch Theophil Hansen in Wien der Entwurf für das Parlamentshaus Oesterreichs fertig gestellt worden ist. Bekanntlich herrschte dort früher die Absicht, zwei getrennte Gebäude für die beiden Häuser des Landtages zu erbauen; die Baustellen für dieselben waren im Stadterweiterungsplane bestimmt, eine Reihe von Entwürfen lag als Resultat mehrerer engerer Konkurrenzen unter den ersten Architekten Wiens vor. Die Ausführung wurde jedoch — wohl mit Rücksicht auf die schwebenden Verfassungszustände des Staates — verschoben. Neuerdings ist der Plan eines monumentalen Neubaus für die Häuser der parlamentarischen Körperschaften Oesterreichs wieder aufgenommen worden, man hat sich jedoch dafür entschieden, dieselben in einem Gebäude zu vereinigen, für welches als Bauplatz die der projektirten Universität gegenüberliegende Seite des alten Paradeplatzes, links von der Hauptfront des auf der dritten

längeren Seite desselben in Ausführung begriffenen Rathhauses gewählt worden ist. Während das letztere bekanntlich von Friedrich Schmidt, die Universität von Ferstel erbaut wird, ist der Bau-Auftrag für das Parlamentshaus durch das Ministerium des Innern an Hansen ertheilt worden.

Das Programm des Baues muss nach jener Grundbedingung und mit Rücksicht auf den Einfluss spezifisch österreichischer Einrichtungen und Gewohnheiten von dem eines Gebäudes, das für eine deutsche parlamentarische Körperschaft erbaut wird, erheblich abweichen; indessen bleiben der gemeinsamen Momente trotzallem so viele, dass es für die weitere Entwicklung der Parlamentshaus-Angelegenheiten in Deutschland sowohl wie in Preussen von hohem Interesse sein muss, davon Kenntniss zu erhalten, wie der österreichische Meister seine Aufgabe gelöst hat. Wir hoffen dem Entwürfe desselben späterhin eine auf eigener Anschauung beruhende ausführliche Besprechung und Beschreibung widmen zu können, stehen jedoch nicht an, unsern Lesern vorläufig diejenige mitzutheilen, welche ein politisches Blatt Wiens, die „Oesterreichische Korrespondenz“, bringt. Trotz aller Mängel des Berichtes, die auf die Feder eines Nichttechnikers schliessen lassen, ist derselbe immerhin

geeignet, von den wesentlichsten Grundideen des Entwurfes ein ziemlich deutliches Bild zu geben. Auf Grund einer solchen Quelle in eine Erörterung über diesen einzutreten, müssen wir allerdings vermeiden.

Das genannte Blatt berichtet über den Bau Folgendes:

„Das Bestreben, von Aussen schon die zwei Häuser (Herren- und Abgeordnetenhaus) deutlich ersichtlich zu machen und somit die bedeutendsten Theile dieses umfangreichen Gebäudes hervorzuhoben, die minder bedeutenden hingegen unterzuordnen, ohne dadurch die Einheit eines so grossartigen Monumentes zu schädigen, veranlasste den Architekten, ausser dem Erdgeschoss nur noch ein Stockwerk anzuwenden. Im ersten Stock befinden sich die Sitzungs- und Versammlungssäle, sowie die sonst erforderlichen wichtigsten Räume der beiden Häuser. Das Erdgeschoss, welches durch hinreichend viele und zweckmässig situierte Stiegen mit dem ersten Stocke vollkommen bequem verbunden ist, enthält zum grossen Theile die Kommissions-Zimmer und diejenigen Büreaus, welche bei den angegebenen Räumen nicht in unmittelbarer Nähe sein müssen, sowie Dienerwohnungen und die nöthigen Utilitätsräume.

Man gelangt von der Ringstrasse auf einer sanft ansteigenden, in einer gefälligen Linie sich bewegenden Rampe zu dem gedeckten Portikus des Parlaments-Gebäudes, von wo aus drei Eingänge in das grosse Vestibül des Hauptgeschosses führen, worin die Garderoben angebracht sind. Wenn man es vermeiden will, auf der Rampe hinaufzufahren, etwa bei schlechtem Wetter, so kann man die Durchfahrt benutzen, welche im Niveau der Strasse hinter der Rampe, unter dem Portikus, liegt. Von da kommt man in ein geräumiges Vestibül des Erdgeschosses, wo zu beiden Seiten Prachtstiegen in das obere Vestibül führen. Aus dem letzteren tritt man in eine grosse, die Würde des Hauses repräsentirende Halle und von da in der Mitte derselben links zu dem Versammlungssaale der Mitglieder des Herrenhauses, rechts zu demjenigen für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses. In Verbindung mit dem erstgenannten Versammlungssaale sind die Appartements der Erzherrzöge einerseits und die Schreib- und Sprechzimmer für die Mitglieder des Hauses andererseits angeordnet. Auf gleiche Weise schliessen sich an den Versammlungssaal für die Abgeordneten beiderseits die Schreib- und Sprechzimmer.

Aus den Versammlungssälen tritt man in einen breiten, lichten und entsprechend reich ausgestatteten Korridor, von wo je drei Eingänge in die Sitzungssäle führen. Diese Anordnung bewirkt, dass, wenn in den Versammlungs- oder Konversationsssälen gesprochen und eine Thür geöffnet wird, keine Störung im Sitzungssaale stattfinden kann. Den Thüren der Versammlungssäle gegenüber sind die Eingänge für die Präsidien; die Sitze liegen in demselben Niveau wie der Korridor, und die Präsidenten brauchen daher nur quer über diesen zu gehen, um direkt und eben zu ihren Plätzen zu gelangen.

Die Mitglieder der beiden Häuser treten durch die Thüren weiter rechts und links ein. Von da können sie ihre in einem Halbkreise amphitheatralisch angelegten Sitze erreichen, indem sie den einige Stufen tiefer liegenden Gang benutzen, welcher in der Höhe der obersten Sitzreihe um die Peripherie dieses Halbkreises führt, und indem sie an den betreffenden Stellen zu ihren Plätzen hinabgehen. Man kann aber auch auf den breiten Treppen hinuntergehen, welche in den Sitzungssälen bei den Eingängen zu dem tiefer liegenden Saalboden führen, wo sich die Sitze für die Minister befinden. Von hier aus kann man wieder zu jedem Platze hinaufgelangen.

Hinter den halbkreisförmig angeordneten Sitzen führt nicht nur im Saale selbst ein Kommunikationsgang, sondern auch, wie erwähnt, ausserhalb des Saales unter den Logen ein breiter Gang mit vielen Thüren in den Saal hinein, welcher nicht nur zu kurzen Besprechungen, sondern auch auf's Bequemste dazu dienen kann, um ohne jede Störung von einer Seite des Hauses auf die andere zu gelangen, in den Sitzungssaal zu kommen oder ihn zu verlassen.

Die Appartements der Minister, Präsidenten, Vize-Präsidenten und Kanzlei-Direktoren der beiden Häuser sind gegen die Ringstrasse in die Hauptfacade gelegt. Breite und lichte Korridore, die von dem Vestibül aus rechts und links zu diesen Appartements und deren Vor- und Wartezimmern führen und in welche in der Mitte senkrecht die Korridore einmünden, worin die Eingänge in die Sitzungssäle sind, vermitteln nicht nur eine leichte Kommunikation zwischen diesen Appartements unter einander, sondern auch zwischen denselben und den Sitzungssälen. In diese Korridore münden auch die Stiegen ein, welche die Verbindung der Büreaus im Erdgeschoss mit den Appartements des ersten Stockes unmittelbar herstellen.

In der Mitte des Gebäudes, anstossend an die rückwärtige Front der Prachthalle, liegen die für beide Häuser gemeinschaftlichen Restaurations-Lokalitäten. Diese sind auch zugänglich durch den rückwärtigen an ihnen vorbeiführenden Korridor, welcher wiederum die Verbindung zwischen beiden Häusern sowohl als den ihnen gemeinschaftlichen Räumen direkt und auf die kürzeste Weise vermittelt. Zu diesen letzteren gehört das grosse, für beide Häuser gemeinschaftliche Stenographen-Büreau, welches in der Mitte des Gebäudes an der Rückseite desselben angebracht und somit von beiden Sitzungssälen gleich weit entfernt ist. Auf derselben Seite rechts und links vom Stenographen-Büreau sind ähnlich wie die Appartements gegen die Ringstrasse grosse Säle mit Vorzimmern angeordnet, welche für

das Archiv und für die wichtigsten Kommissionszimmer bestimmt sind.

Die Appartements für den kaiserlichen Hof wurden im ersten Stock in die Mitte der beiden Seitenfronten gelegt und bestehen je aus zwei grossen, ihrer Bestimmung würdigen Sälen. Unter einem gedeckten Portikus ist beiderseits der Eingang in ein schönes, für sich abgeschlossenes Vestibül, von wo eine besondere Treppenanlage zu den Appartements für Se. Majestät führt. Mit dem Eintrittssaale ist die Hofloge verbunden, welche in der Mitte des Sitzungssaales, gegenüber dem Präsidenten situiert ist.

An den beiden Seitenfronten des Gebäudes sind ebenfalls je zwei vollständig für sich abgeschlossene Eingänge sammt Vestibülen und Stiegen zu den Logen und zu den Galerien für das Publikum.“

Personal-Nachrichten.

Ernannt: Der Wasserbau-Inspektor von Morstein zu Frankfurt a. O. zum Ober-Bauinspektor beim dortigen Regierungskollegium. Der Baumeister Hirt zu Samter zum Kreis-Baumeister daselbst. Der Wegebau-Kondukteur Quantz in Hildesheim zum Kreisbaumeister zu Münster. Die Geheimen Bauräthe Gercke und Schwedler zu Berlin zu Geheimen Ober-Bau-Räthen.

Dem Kreisbaumeister Hammer zu Waldenburg i. Schl. ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Altwasser gestattet worden.

Brief- und Fragekasten.

Berichtigungen. Mit Bezug auf den in No. 2 u. Bl. gegebenen kurzen Bericht über die am 28. Dsbr. v. J. unternommene Exkursion des Architekten-Vereins zu Berlin nach dem Abgeordnetenhaus geht uns von Hrn. Bau-Inspektor Emmerich nachstehendes Schreiben zu. Wir bedauern gern den von uns begangenen, obwohl nicht verschuldeten Irrthum; unsere Angaben beruhten auf den uns gewordenen Informationen.

„Während der Weihnachtsferien der Mitglieder des Abgeordnetenhauses und einer Urlaubsreise des Unterzeichneten hat Seitens des Architekten-Vereins eine Besichtigung des unter meiner Oberleitung ausgeführten Umbaus des Abgeordnetenhauses stattgefunden. Das über den Befund veröffentlichte Referat in No. 2 Ihres Blattes enthält bezüglich des elektrischen Zündapparates der Kronleuchter mehrfache so wesentliche Irrthümer, dass ich schon im Interesse der Sache die Redaktion ganz ergebenst ersuche, eine Berichtigung hierüber wie folgt aufnehmen zu wollen. Zunächst hat der im Sessions-Saale angewandte Apparat durchaus nichts gemein mit dem Klinkerfues'schen Apparat. Er ist vielmehr nichts weiter als die bekannte Vorrichtung, mit der bereits seit einer langen Reihe von Jahren Torpedos oder andere Sprengladungen auf weite Entfernungen zur Entzündung gebracht werden. Den Klinkerfues'schen Apparat im Abgeordnetenhaus zu versuchen, verbot sich absolut aus mancherlei Gründen, deren nähere Erörterung hier zu weit führen würde.

In dem Referate wird weiterhin gesprochen und geklagt über das starke Rauschen der in der Entzündung begriffenen Flammen. Dass dieser Uebelstand nicht nothwendig aus der dormaligen Einrichtung hervorgeht, sondern nur der ungeschickten Behandlung des zufällig an jenem Abend neu eingetretenen Illuminators zuzuschreiben ist, wird Jeder erkennen, der sich die Gelegenheit nimmt, dem regelrechten Anzünden während einer der häufigen Abendsitzungen des Hauses beizuwohnen.

Ich bemerke weiterhin, dass die Manipulationen zum Entzünden der Kronleuchter im Uebrigen ganz dieselben wie vordem geblieben sind. Die Gas-Zuleitung und Ausströmung, die Gaszylinder sowie der angewandte Gasdruck und die örtliche Entzündung mussten auch jetzt unverändert beibehalten werden. Der einzige Unterschied und erhebliche Gewinn ist der, dass mit Hilfe des elektrischen Apparats in dem vierten Theile der vordem erforderlich gewesen Zeit, also auch bei dem vierten Theil der überhaupt unvermeidlichen Gas-Ausströmung die Entzündung der Kronleuchter abgemacht ist, dass weiterhin das höchst störend gewesene Hin- und Herlaufen der anzündenden Diener vermieden wird; Vorzüge, die Seitens der Abgeordneten auch allseits anerkannt werden.

Die von dem Herrn Referenten gegen Schluss seines Berichts ausgesprochene Hoffnung auf baldige Verbesserung der Apparate durch die Hrn. Keiser & Schmidt ist wenigstens einstweilen noch sehr illusorisch. Die mannigfaltigsten Versuche, die jene Herren schon seit geraumer Zeit in dieser Richtung angestellt haben, ergaben immer wieder, dass das Anbringen der Platin-Spiralen unmittelbar über den Brennern unthunlich ist, und zwar wegen des zu schnellen Verblakens und Verzehrns der Spiralen, eben so wenig sehen die genannten Herren bis jetzt eine Möglichkeit ab, auch nur einen der Kronleuchter momentan entzünden zu können.

J. Emmerich.“

Ebenso ist in dem letzten Referate über die Sitzungen des Ostpreussischen Ingenieur- und Architekten-Vereins in No. 4 u. Bl. ein durch einen Druck- oder Schreibfehler entstandener Irrthum vorhanden, zu dessen Berichtigung wir aufgefordert werden. Die alten horizontalen Thurm-Abdeckungen auf Ostpreussischen Schlössern, deren Hr. Reg- und Baurath Hesse in seinem auszugswise mitgetheilten Vortrage erwähnt hat, sind nicht mittels Thon und Sand, sondern mittels Theer und Sand, also einer Art künstlichen Asphalts bewirkt worden.